

## Der Bundespräsident zeigt Rückgrat: **Köhler verweigert die Unterzeichnung des EU-Vertragsmonsters**

### Hat Köhler sich zu weit vorgewagt?

Die internationalen Finanzmärkte hätten sich zu einem »Monster« entwickelt, »das in die Schranken gewiesen werden muß«. Nötig sei eine strengere Regulierung und eine Überwachungsinstanz, so Bundespräsident Horst Köhler in einem Gespräch mit dem »Stern«. Denn »wir waren nahe dran an einem Zusammenbruch der Weltfinanzmärkte«.

Als ehemaliger Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) weiß Köhler, wovon er spricht und daß er damit den abgehalfterten Rot-Grünen auf die Füße tritt.

Waren es doch die Sozialgenossen um Schröder und Fischer, die mit ihrem »Gesetz zur Modernisierung des Investmentwesens und zur Besteuerung von Investmentvermögen« die Bundesrepublik den Heuschrecken der Hedgefonds auslieferten.

Daß Köhler mit seinen Aussagen den Internationalisten nun lästig geworden ist, ist verständlich. Oder ist es nur purer Zufall, daß SPD und Grüne prompt eine Gegenkandidatin zur Bundespräsidentenwahl 2009 aus dem Hut zauberten?

**In der Weltpolitik wird nichts dem Zufall überlassen!**



Bundespräsident Horst Köhler wird die Ratifikationsurkunde zum Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007 – ungeachtet des Ergebnisses seiner Prüfung des Zustimmungsgesetzes gem. Art. 82 Abs. 1 GG – bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit des Zustimmungsgesetzes zum Vertrag von Lissabon nicht unterzeichnen. Angesichts vorliegender Anträge auf einstweilige Anordnung folgt der Bundespräsident damit einer Bitte des Bundes-

verfassungsgerichts. Diese Entscheidung ist dem Bundesverfassungsgericht heute durch das Bundespräsidialamt förmlich mitgeteilt worden.

Pressemittteilung des  
Bundespräsidialamtes vom 30.6.2008

### AUS DEM INHALT:

- Bericht aus Österreich S. 3
- Wie unser Volksvermögen verscherbelt wird S. 5-6
- Die Preise steigen - der Staat kassiert ab S. 7
- Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel S. 9-10

**Das offene Wort****»Die Demokratie verkommt zur Farce«**

Wie derzeit in der EU fieberhaft nach Möglichkeiten gesucht wird, um den von den Iren zu Recht abgelehnten Vertrag von Lissabon doch noch in Kraft zu setzen, ist ein Skandal ersten Ranges. Anstatt eine demokratische Entscheidung ohne Umschweife zu respektieren, fordern etwa Frankreichs Präsident Sarkozy und die bundesdeutsche Kanzlerin Merkel, daß der Ratifizierungsprozeß fortgesetzt werden müsse, um die Iren vor vollendete Tatsachen zu stellen. Offenbar versteht die Brüsseler Polit-Nomenklatura unter Demokratie, daß die Bürger die von ihr einmal gefaßten Entscheidungen abzusegnen haben. Daher ist die Mißachtung des Willens des Bürgers, des Souveräns, die Krise in der Europäischen Union und nicht das Scheitern des Lissabonner Vertrags in Irland, wie die EU-Fanatiker behaupten, überhaupt bekommt die real existierende Europäische Union unserer Tage immer mehr Ähnlichkeit mit einem real existierenden Gebilde der Vergangenheit, nämlich der Sowjetunion. Die Demokratie verkommt zur reinen Farce, und die Bürger werden von der Zentrale bevormundet. Folglich ist es auch kein Wunder, daß der EU-Frust immer mehr zunimmt und sich immer mehr Bürger mit Grausen vom Brüsseler Machtkartell abwenden.

*Andreas Mölzer,  
Mitglied des  
Europäischen Parlaments*

**Katzenjammer in Brüssel**

Die Iren haben die mühsam kassierte EU-Verfassung zu Fall gebracht und die Eurokratie in Brüssel in Ratlosigkeit gestürzt.

Als erste Reaktion hagelte es daher auch bittere Vorwürfe an die Iren, wie sie es denn etwa wagen konnten, eine halbe Milliarde Europäer (ver)fassungslos dastehen lassen zu können.

Eine grenzenlose Heuchelei, denn auch in fast jedem anderen EU-Land hätte der Reformvertrag kein Referendum überlebt – wenn die politischen Eliten nicht vorsichtig genug den Bürgern die Mitsprache entzogen hätten.

Hatte doch in Brüssel und Europas Hauptstädten stets die Sprachregelung gegolten, der Reformvertrag sei bereits »Plan B«, nach der von Franzosen und Holländern abgelehnten Verfassung, um die Iren zu einem »Ja« zu nötigen. Aber hinter den Kulissen wurde eifrig an Auswegen gebastelt.

Denn immerhin steht noch die Ratifizierung in acht weiteren EU-Staaten an, wobei man nur auf ein »Nein« der besonders kritischen Briten und Tschechen hoffen kann. Der polnische Staatspräsident weigert sich nach dem Nein der Iren, die Urkunde zu unterzeichnen, und der deutsche Bundespräsident wurde wegen der anstehenden Verfassungsklagen vom Bundesverfassungsgericht gebeten, dies vorerst auch nicht zu tun.

Bei den EU-Extremisten aber macht schon wieder das deutsch-französische Gespenst von einem »Kerneuropa« die Runde. Ein »Kerneuropa« der entmündigten Bürger, das den anderen Ländern, wie etwa Irland, Sonderverträge anbieten soll, um die »Integration« mit den »willigen Staaten« fortsetzen zu können.

Mit anderen Worten: die große europäische Einigung würde in

eine Spaltung des Kontinents umschlagen, wie zu Zeiten der Sowjetunion, nur eben mit der neuen Befehlszentrale Brüssel.

Dabei ist kein vernünftiger Mensch gegen ein einiges, freundschaftlich verbundenes Europa, in dem in den Grundzügen die gleichen Regeln gelten, wobei aber mehr oder weniger liebenswerte Eigenheiten von Völkern und Nationen geachtet und ihnen belassen werden sollten – wie bei einer Hausgemeinschaft in einem größeren Mietshaus. Die EU-Extremisten wollen aber bis in die Wohnung, ja bis in die Schlafzimmer der 27 Familien hinein das Innenleben der Völker bestimmen.

Nicht nur die Iren haben eine berechtigte Furcht vor der Regulierungswut eines 479 Seiten umfassenden Vertragsmonstrums, mit dem der Volkswille ausgehebelt, die Staaten entmündigt und Kritiker mundtot gemacht werden sollen.

Wie weit das geht, haben wir, die kleine, aber offenbar wirkungsvolle Zeitschrift »UN« schon erfahren: Wir dürfen das EU-Emblem nicht mehr abbilden (siehe Seite 4) !!!

**DANKE IRLAND!**

**»Da hat wohl der Herrgott seine Finger im Spiel gehabt, die echte Demokratie hat gesiegt. Das einzige Land, das über diesen ominösen Vertrag abstimmen durfte, war Irland, und die Iren haben uns allen aus der Seele gesprochen.«**

Karl Moser, Eugendorf,  
in der NFZ vom 19.6.2008

# »Aus für den Eurokraten-Zentralstaat!«

## Österreich: Die Regierenden schäumen, die Freiheitlichen jubeln

Was den Österreichern verwehrt wurde, haben die Iren mit Ihrem Referendum vollbracht: den Erhalt der Demokratie und der Eigenständigkeit der EU-Mitgliedsländer.

Hoherfreut zeigte sich Bundesparteiobmann Strache über das eindeutige irische »Nein« zum EU-Reformvertrag:

*»Das ist ein schöner Tag für Österreich und für Europa. Die irische Bevölkerung hat stellvertretend für die Völker Europas den EU-Technokraten und Bürokraten eine deutliche Abfuhr erteilt.«*

Ob Zufall oder nicht, das Nein der Iren sei für ihn, so Strache, das schönste Geschenk gewesen, das er sich für seinen Geburtstag habe vorstellen können. Denn damit ist der europäische Zentralstaat definitiv gefallen und die Staaten Europas hätten damit wieder die Möglichkeit auf eine gedeihliche Weiterentwicklung ihrer gewachsenen Identitäten auf Basis der demokratischen Grundwerte.

### Nur FPÖ für Volksabstimmung!

*»Hätte die österreichische Bevölkerung auch die Möglichkeit einer Volksabstimmung gehabt, wie es alleine die FPÖ gefordert hat, so bin ich mir absolut sicher, daß dies ebenfalls mit einem klaren Nein zum EU-Reformvertrag geendet hätte«,* verwies der Bundesparteiobmann auf die von SPÖ, ÖVP, Grünen und BZÖ abgeschmetterten Initiativen dafür.

**Das zweite Scheitern einer EU-Verfassung, nach den Referenden in Frankreich und Holland, sollte jetzt endlich als Chance**



begriffen werden, dem europäischen Zentralstaat auf Dauer eine Abfuhr zu erteilen und das Konzept eines »Europas der Vaterländer«, wie es den Gründervätern der EU vorschwebte, nachhaltig zu verfolgen, forderte Strache.

Aber damit sei nach den Aussagen des ÖVP-Schattenpartei- chefs Schüssel nicht zu rechnen.

### Eurokraten wie Schüssel sind auch nach Iren-Votum uneinsichtig

Den Wunsch Schüssels nach einer europaweiten Volksabstimmung wies Strache entschieden zurück: *»Es ist ja wohl völlig absurd, daß Polen oder Italiener über die Zukunft unserer Verfassung und unserer Neutralität entscheiden sollten!«*

Der freiheitliche europapolitische Sprecher Reinhard Bösch empörte sich über die vorschnellen Äußerungen von Vertretern anderer EU-Staaten: *»Die Iren werden jetzt in den EU-fanatischen Medien und von offiziellen Vertretern der anderen EU-Länder durch den Schmutz gezogen, weil sie sich an ihre demokratischen Gepflogenheiten gehalten haben. Dies ist ein demokratiepolitischer Skandal ersten Ranges.«*

Die Pläne der EU-Nomenklatura, jetzt ohne Irland und einige kleinere Länder die Integration und Gleichschaltung in den EU-Zentralismus voranzutreiben, sowie die Iren zur Strafe für ihr EU-kritisches Verhalten vom europäischen Geldhahn abzuschneiden und in die Büßerecke zu stellen, erinnerten

ihn an die EU-Sanktionen gegen Österreich im Jahre 2000: *»Auch damals war die EU nicht bereit, eine demokratische Entscheidung und Regierungsbildung in einem ihrer Mitgliedsländer zu akzeptieren.«*

Das Nein der Iren sei von Brüssel ohne Wenn und Aber zu akzeptieren, forderte auch der freiheitliche EU-Abgeordnete Andreas Mölzer: *»Jetzt sollte einmal der Ratifizierungsprozeß abgebrochen und die Situation als Chance zur Gestaltung eines anderen Europas begriffen und angegangen werden.«*

### Bürger wollen ein anderes Europa als die Eurokraten in Brüssel!

Denn die überwältigende Mehrheit der Menschen quer durch Europa verstehe unter Integration etwas völlig anderes als die Brüsseler EU-Zentrale.

*»Außer den EU-Fanatikern will niemand die Nationalstaaten in ein zentralistisches Gebilde pressen, sondern man wünscht sich einen Verbund freier und gleichberechtigter Nationalstaaten«,* mahnte Mölzer. Daher seien die Politiker in allen EU-Staaten nach dem Nein der Iren aufgefordert, endlich eine Politik für die Bürger und Völker Europas zu betreiben.

# Das Zentralkomitee hat entschieden:



EUROPAISCHE KOMMISSION

VERTRETUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
REGIONALE VERTRETUNG IN BONN

POSTFACH 101706 UNTER DEN EICHEN 75 10117 BERLIN

Herrn  
Torsten Schmidt  
Freundeskreis UN e.V.

Bonn, 5. Dezember 2007  
COMMI B BO BG hat 2007/D 20770

## Verwendung des Europa-Emblems

Sehr geehrter Herr Schmidt,

ich komme zurück auf Ihr Schreiben vom 7. Oktober 2007.

Wie Ihnen bereits bekannt, ist die Verwendung des Europa-Emblems nur zulässig, wenn das Emblem nicht für Maßnahmen oder Ziele verwendet wird, die im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Europäischen Union stehen.

Nach eingehender Prüfung Ihrer Internetseiten sind wir zu der Ansicht gelangt, dass eine Vereinbarkeit mit den Zielen Ihrer Organisation nicht gegeben ist. Aus diesem Grunde konnte die Genehmigung zur Verwendung des Emblems leider nicht erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Gessler  
Leiterin der regionalen Vertretung  
der Europäischen Kommission

VERTRETUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
EUROPAISCHES HAUS - POSTFACH 00440 - 10042 BERLIN - UNTER DEN EICHEN 75 - 10117 BERLIN  
TELEFON 030 22 80-0 - TELEFAX 030 22 80-22 22 - E-MAIL eu-de-kommission@ec.europa.eu  
VERTRETUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND - REGIONALE VERTRETUNG IN BONN  
POSTFACH 101706 UNTER DEN EICHEN 75 10117 BERLIN  
TELEFON 030 22 80-0 - TELEFAX 030 22 80-22 22 - E-MAIL eu-de-kommission@ec.europa.eu  
VERTRETUNG IN MÜNCHEN - POSTFACH 101706 UNTER DEN EICHEN 75 10117 BERLIN  
TELEFON 030 22 80-0 - TELEFAX 030 22 80-22 22 - E-MAIL eu-de-kommission@ec.europa.eu



Die Heuschrecken sahen ab:

# Wie unser Volksvermögen verschertbelt wird!



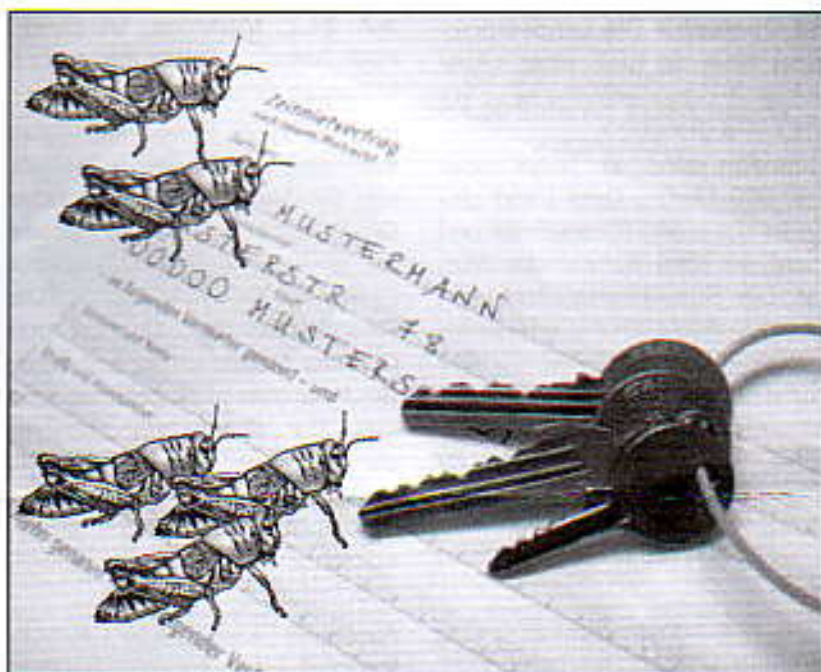
Der Kölner Stadtanzeiger veröffentlichte am 18. April eine Übersicht der 10 bestbezahlten Hedge-Fonds-Manager im Jahr 2007 (Verdienst in Millionen Dollar):

John Paulsen	3.700
Paulsen & Co	
George Soros	2.900
Soros Fund Management	
James Simons	2.800
Renaissance Tech. Corp	
Philip Falcone	1.700
Harbinger Capital Partners	
Kenneth Griffin	1.500
Citadel Investment Group	
Steven Cohen	900
SAC Capital Advisors	
Timothy Barakett	750
Atticus Capital	
Stepehn Mandel Jr.	710
Lone Pine Capital	
John Griffin	625
Blue Ridge Capital	
O. Andreas Halvorsen	520
Viking Global Investors	

**3.700.000.000 US-Dollar!**

Das entspricht locker dem Einkommen aller Arbeitnehmer einer deutschen Großstadt wie Leverkusen oder Ludwigshafen.

Oder, um sich diese Summe vorzustellen: Man werfe jede Sekunde einen 100-Euro-Schein von einem Hochhaus. Dabei sollte man die Scheine aber gut verteilen, denn übereinandergestapelt würden diese sich mehrere Kilometer auftürmen.



Die Heuschrecken im Wohnzimmer – LEG: 93.000 Wohnungen verschertbelt, und das mit deutschem Grund und Boden

Ob Privatisierung von Bahn, Post, Telekommunikation oder Verschachern von städtischer Gas-, Strom- und Wasserversorgung: Vater Staat möchte seinen Deutschen kein Vater mehr sein. Das Volksvermögen wird gnadenlos an meist ausländische Investoren verschleudert. Am 11.6.2008 hat dies die schwarz-gelbe Regierung in NRW einmal mehr unterstrichen. Etwa 93.000 Wohnungen der »Landesentwicklungsgesellschaft NRW« (LEG) gingen an die Immobilienheuschrecken von »Whitehall«.

Der Hedgefonds »Whitehall« hat die LEG für etwa 3,4 Milliarden Euro gekauft. Die Summe setzt

sich aus dem Kaufpreis von 787 Millionen Euro und der Übernahme der LEG-Schulden zusammen. Von den 787 Millionen Euro fließen rund 480 Millionen Euro in die Landeskasse, der Rest geht an die »NRW.Bank« und die »Deutsche Rentenversicherung Westfalen«.

Bereits im Oktober 2006 hatte die Landesregierung den Verkauf der LEG für das Jahr 2008 beschlossen. Eine Volksinitiative dagegen scheiterte im Sommer 2007.

**»Die Heuschrecken sind fein raus«**

Am 18.6.2008 fand im Landtag von NRW eine Aktuelle Stunde

zum LEG-Verkauf statt. Bernd Schulte (CDU) und Christof Rasche (FDP) erklärten, daß die Mieter durch eine »einzigartige Sozialcharta« abgesichert seien. Doch bereits im Dezember 2007 sagte der Vorsitzende des »Mieterbundes« in NRW, Bernhard von Grünberg, in einem Gespräch mit dem WDR: **»Daß der Ministerpräsident gesagt hat, das wird eine so gute Sozialcharta, wie sie Deutschland noch nie gesehen hat – das ist Quatsch.«** Die Landesregierung habe die LEG einer »Aus-schlachtungsgesellschaft« vor die Füße geworfen.

Betroffen sind in NRW über 200.000 Mieter. Dem Land ginge es um einen hohen Erlös und nicht um den Schutz der Mieter. Die Sozialcharta lasse weit überdurchschnittliche Mietsteigerungen zu. Der versprochene Kündigungsschutz gelte nur für einen kleinen Kreis von Mietern. Eine Modernisierungspflicht der Wohnsubstanz bestehe für den Investor nicht. Grünberg: **»Da sind die Heuschrecken fein raus.«**

Der Bochumer Städteforscher Professor Volker Eichener sieht das Problem weniger in Mieterhöhungen. Gegenüber dem WDR äußerte er am 12.6.2008 aber, daß die Kommunen durch den LEG-Verkauf ein Instrument zur Stadtentwicklung verloren hätten. Da »Whitehall« auf kurzfristige Rendite setze, sei die Gefahr des Verfalls ganzer Siedlungen durchaus gegeben. Überdies seien die Rechte aus der Sozialcharta für den einzelnen Mieter gar nicht einklagbar.

Prof. Eichener wenige Tage später im WDR: **»Das sind Finanzinvestoren, die daran interessiert sind, eine möglichst hohe Rendite zu generieren für ihre Kapitalanleger.«** »Es geht darum, eine maximale Rendite herauszuholen und das kann man im Moment mit deutschen Wohnungen gut machen.«

## Die Macht hinter »Whitehall«

»Whitehall« gehört zum New Yorker Bankhaus »The Goldman Sachs Group Inc.«. Der jüdischstämmige Bayer Marcus Goldman gründete als Auswanderer die Bank 1869 gemeinsam mit seinem Schwiegersohn Samuel Sachs. 1999 hatte das Unternehmen seinen Börsengang.

Der Umsatz von »Goldman Sachs« belief sich im Jahr 2006 auf 34,2 Milliarden US-Dollar; nach Steuern blieben immerhin 8 Milliarden Dollar Gewinn.

Im Juli 2006 bezeichnete das Wirtschaftsmagazin »Capital« das Bankhaus als **»aggressive Großmacht«**. »Goldman Sachs« sei überall in Deutschland zur Stelle, wo die Musik spiele. Die Riesenfusion von Daimler und Chrysler sei im Hintergrund durch die New Yorker eingefädelt worden. Zur Kundschaft zähl(t)en die Deutsche Telekom, Siemens, HypoVereinsbank, Eon, RWE, Henkel und die Deutsche Börse. »Goldman Sachs« sei beliebt, aber gefürchtet.

Alexander Dibelius ist der Deutschlandchef von »Goldman Sachs«. Zu Angela Merkel habe er schon lange vor ihrer Ernennung zur Kanzlerkandidatin Kontakt aufgenommen. Er habe ihr die Türen zur Wirtschaft geöffnet und berate Kanzlerin Merkel bis heute.

Zahlreiche EU-Kommissare seien nach ihren Amtszeiten laut »Capital« in den Dienst von »Goldman Sachs« getreten. Aber auch Bundesminister, wie z.B. der ehemalige Wirtschaftsminister Hans Friderichs.

In den USA wechseln »Goldman«-Leute in Minister- und Gouverneursämter und umgekehrt.

Dem »Capital«-Bericht zufolge habe der US-Wirtschaftsdienst »Bloomberg« einmal kommentiert: **»Wer eine echte Verschwörung kennenlernen will, sollte sich Goldman Sachs ansehen.«**

## »Whitehall« und Co.

Der Hedgefonds »Whitehall« verfügt laut »Manager-Magazin« nach dem LEG-Kauf über derzeit 140.000 Wohnungen in Deutschland. Die Übernahme der LEG stellt das größte derartige Geschäft seit 2005 dar.

Dem »Manager-Magazin« zufolge setzt »Whitehall« damit nur fort, was seit Jahren läuft: Die Dresdner Woba, die Gagfah und die Berliner GSW fielen bereits Heuschrecken wie der »Fortress Investment Group«, »Cerberus« und eben »Whitehall« zum Opfer.

Im Falle der Berliner GSW hätten sich nachweislich die Sorgen der Mieter erfüllt, der Gewinnmaximierungssucht der Hedgefonds zum Opfer zu fallen, wie der WDR zu berichten weiß.

Betrachtet man die oben geschilderten Zusammenhänge, kann man die Angst der Mieter der LEG-Wohnungen verstehen. Das Handeln von »Whitehall« und Co. dient der kurzfristigen Gewinnmaximierung und nicht dem Wohl der Mieter. Und wer möchte schon eine Bank in New York als Vermieter haben, wenn man in Köln, Bielefeld oder Dortmund wohnt?

Bei all dem sollte nicht vergessen werden:

**Die LEG und andere Einrichtungen sind bzw. verwalten Volkseigentum.** Das Eigentum des deutschen Volkes, das durch die Politik eigentlich nur verwaltet wird.

Doch der Karren BRD wurde durch die Politik unserer Regierungen finanziell vor die Wand gesetzt. Mit Verkäufen wie dem der LEG-Wohnungen zahlen dafür mal wieder die dummen deutschen Michel.

**Renten gekürzt, Arbeit weg und jetzt auch der Grund und Boden unter den eigenen Füßen weg.** Wie lange, Michel, läßt Du Dir das noch bieten?

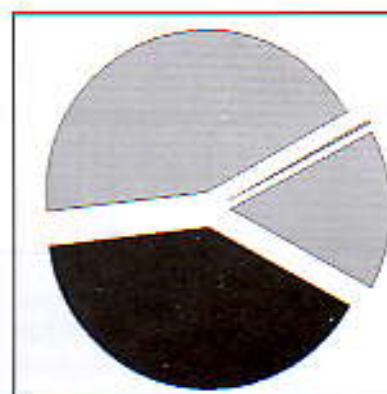


## Ein paar Millionen hier - ein paar Milliarden dort: Die Preise steigen - der Staat kassiert ab

### Einnahmequellen des Staates

Errechnete Einnahmen des Bundes für das laufende Jahr gemäß dem Haushaltsplan 2008:

- Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw-Maut:  
**3,445 Milliarden Euro**
- Anteil des Bundes am Lohnsteueraufkommen:  
**59,691 Milliarden Euro**
- Anteil des Bundes an der Einkommensteuer:  
**10,434 Milliarden Euro**
- Anteil des Bundes an der Umsatzsteuer:  
**74,875 Milliarden Euro**
- Anteil des Bundes an der Körperschaftsteuer:  
**11,53 Milliarden Euro**
- Einnahmen aus der Energiesteuer:  
**39,95 Milliarden Euro**
- Einnahmen aus der Tabaksteuer:  
**14,45 Milliarden Euro**
- Einnahmen aus der Branntweinsteuer:  
**2,16 Milliarden Euro**
- Einnahmen aus der Versicherungssteuer:  
**10,62 Milliarden Euro**
- Einnahmen aus der Stromsteuer:  
**6,45 Milliarden Euro**
- Einnahmen über den Solidaritätszuschlag:  
**12,55 Milliarden Euro**



So setzt sich der Preis von 1,50 Euro für 1 Liter Benzin zusammen

- Benzinpreis 60,2 Ct.
- Energiesteuer 65,45 Ct.
- EBV-Beitrag 0,41 Ct.
- Mehrwertsteuer 23,95 Ct.

Obige Grafik stellt die Zusammensetzung des derzeitigen Benzinspreises von 1,50 Euro dar. Rund 60 Prozent des Preises fließen dabei in die Staatskasse! Und mit jeder Erhöhung kassiert der Staat zusätzlich ab!

Allein mit der Energiesteuer (Mineralölsteuer und Okosteuer) auf Kraft- und Heizstoffe flossen im vergangenen Jahr rund 39 Milliarden Euro in die Staatskasse.

Das Geld, das beim Tanken an den Staat und die Ölkonzerne fließt, belastet zum einen den Verbraucher und erhöht zum anderen die Transportkosten für den Güterverkehr. Das heißt, daß nicht nur der Geldbeutel schmaler wird, zusätzlich erhöhen sich auch die Preise für alle anderen Waren.

Diskussionen um eine Senkung oder gar Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe und weitere Energieträger laufen bei der derzeitigen Bundesregierung völlig ins Leere.

Im Gegenteil: Durch den vor einigen Tagen vom Bundeskabinett gebilligten »Masterplan Güterver-

kehr« soll die Lkw-Maut »flexibilisiert« werden, was nichts anderes bedeutet als eine Ausweitung auf Bundesstraßen und eine Erhöhung für bestimmte Strecken und Uhrzeiten – eine »Stau-Steuer« also. Einnahmen von 3,3 Milliarden Euro im Jahr 2007 sind anscheinend noch nicht genug.

Die Mehrwertsteuereinnahmen betragen 2007 169,636 Milliarden Euro. Ein Anstieg von 31,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Diese Rekorderlöse sind aber nicht allein der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.1.2007 zu verdanken, sondern vor allem den gestiegenen Lebenshaltungskosten und dem damit ebenfalls gestiegenen Steueranteil.

Insgesamt stiegen die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahre 2007 auf einen Rekord von 538,243 Milliarden Euro.

Der Anteil des Bundes betrug dabei 230,104 Milliarden. Ein Plus von 12,9 Prozent.

**Wir zahlen drauf – der Staat kassiert ab!**

**60 PROZENT FÜR DEN STAAT**



Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel:

## Renten und Altersarmut in der BRD

Ein Gespenst geht um in der BRD: Das Gespenst der Altersarmut. Verschiedene Quellen deuten darauf hin, daß der Alptraum eines elendigen Lebensabends bittere Wirklichkeit werden könnte. Das Thema wird mit gutem Grund ein Dauerbrenner der nächsten Jahre bleiben.

Während sich unserer Politiker im Bundestag stattdessen lieber mit ihren eigenen Diätenerhöhungen und Pensionsanhebungen beschäftigen, fragt sich der Normalbürger, ob es sich überhaupt noch lohnt, das Rentenalter zu erreichen.

### Vertrauensverlust

So berichtete das »Westfalen-Blatt« am 5.5.2008, daß 73 % aller Deutschen die Altersarmut schon in wenigen Jahren für eines der größten Probleme in der BRD halten. Nur 33 % der Befragten sind der Meinung, die vielgepriesene Grundsicherung verhindere Altersarmut.

Angst und Mißtrauen sind in Sachen Rente und Altersarmut nicht unbegründet, wie die folgende UN-Recherche zeigt.

### Unregelmäßige Erwerbsbiographien

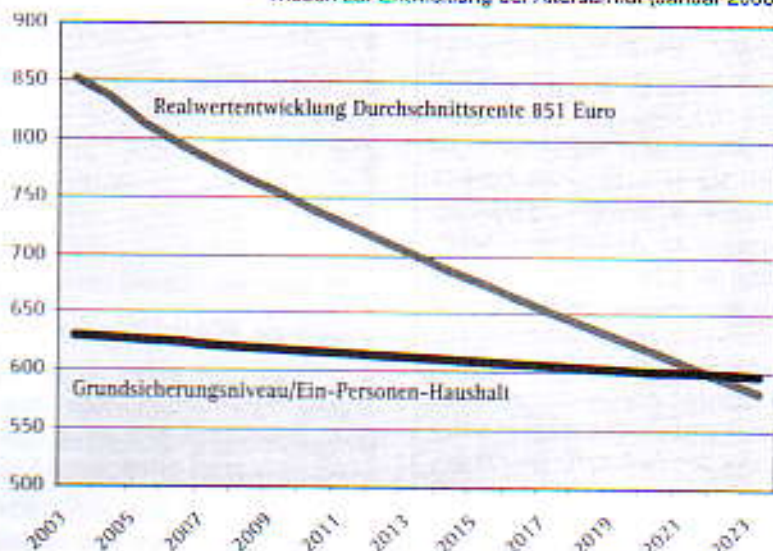
Wichtige Daten zur Problematik liefert »Der Paritätische Wohlfahrtsverband« in seinem Thesenpapier zur Altersarmut.

Demnach leben heute nur etwa 2,5 % der Rentner in Armut. Diese geringe Quote verdanke man einer Zeit, die eine sogenannte »Normalerwerbsbiographie« möglich machte, sprich: sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung über das gesamte Erwerbsleben hindurch.

Seit den 80er Jahren nehme jedoch die Langzeit- und Mehrfacharbeitslosigkeit zu. Auch das verstärkte Auftreten der »working

### Realwert-Entwicklung der durchschnittlichen Rente 2003 und der Grundsicherung im Alter

Quelle: »Der Paritätische Gesamtverband«:  
Thesen zur Entwicklung der Altersarmut (Januar 2008)



Geht man von dem jetzigen Grundsicherungsniveau von Ein-Personen-Haushalten aus, so schneiden sich die Kaufkraftkurven der jetzigen durchschnittlichen Neurentner nach 2020 (ca. 2022) mit der Kaufkraftentwicklung des Grundsicherungsniveaus. Mit anderen Worten: Es handelt sich dabei um eine Status-Quo-Berechnung unter der Voraussetzung, daß sich die aktuellen Bedingungen nicht wesentlich ändern.

Die Ausgangsdaten für einen Ein-Personen-Haushalt sind bezogen auf 2003: Ein Grundsicherungsniveau von 630 Euro mit einem Anteil von 285 Euro Wohnkosten und einem Regelsatz von 345 Euro sowie einer durchschnittlichen Neurente von 851 Euro. Zu der geschilderten Annäherung bzw. Überschneidung von Rente und Grundsicherung kann es kommen, da die Wohnkosten bei Grundsicherungsbezug nicht aus dem Regelsatz bezahlt werden (im Rechenbeispiel 345 Euro), sondern außerhalb zum Regelsatz hinzukommen. Ein Rentner muß demgegenüber seinen Lebensbedarf zuzüglich der Wohnkosten aus seiner Rente finanzieren.

poor« (arbeitende Arme), die trotz Arbeit auf ALG II angewiesen sind, sei ein Problem. Diese Faktoren wirken sich auf das zukünftige Absicherungsniveau aus. Die betroffenen Gruppen würden ins Rentenalter einwachsen, aber nicht genügend Rentenanwartschaften vorweisen können.

### Länger arbeiten bei weniger Rente

Im Jahr 2005 habe ein Arbeitnehmer 26 Beitragsjahre aufweisen müssen, um eine Grundsicherung in Höhe von 40 % seines durchschnittlichen Nettoarbeitsentgel-

tes zu bekommen. Wer ab 2030 in den Rentenbezug eintritt, müsse bereits 35 Beitragsjahre aufweisen. Wenn die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre voll greift, müsse ein Arbeitnehmer bereits 37 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben.

### Eine unumkehrbare Entwicklung

»Der Paritätische Wohlfahrtsverband« schätzt für das Jahr 2025, daß 10 % oder gar 15 % der 20 Millionen Rentner Grundsicherungsbezieher sein werden – also in Armut leben.

**EIN SCHÖNER SOZIALSTAAT:**

Gestern kam die neue Rentenabrechnung, statt der versprochenen 1,1 % mehr Rente, mit der wir beinahe den Staat in den Bankrott getrieben hätten, sind es nun netto doch nur 0,74 %. Und das kommt daher, daß die Krankenversicherung um 1,1 % und die Pflegeversicherung sogar um 15,95 % teurer geworden ist. Prima gerechnet, und wann kommt noch die Europasteuer?

Zur Abwechslung mal ein Punkt zum Nachdenken: Wenn man arbeitslos wird, muß man keinen Beitrag mehr für die Arbeitslosenversicherung bezahlen, wenn man Altersrentner wird, zahlt man keine Beiträge mehr für die Rentenversicherung und wenn das Haus abbrennt bezahlt man keine Feuerversicherung mehr. Aber wenn man Pflegefall wird, dann zahlt man lustig weiter den Beitrag für die Pflegeversicherung. Ich bekomme 410 Euro Pflegegeld und in Wahrheit sind es nur 390 Euro, weil man ja den Beitrag für die Pflegeversicherung davon abziehen muß. Das steht so im Gesetz: jeder zahlt ... und da steht nicht: bis zum Eintritt des Pflegefalls ... Das war natürlich Absicht und wahrscheinlich kniegen Millionen Pflegefälle nun viel weniger als man ihnen immerzu erzählt, jeder zahlt den Beitrag und alle Erhöhungen schön weiter. Das ist so ähnlich wie seinerzeit mit dem Sterbegeld der Krankenkassen. Da hat man vierzig Jahre lang den entsprechenden Anteil an die Krankenkasse gezwungenermaßen bezahlt und dann macht der Gesetzgeber einfach einen Strich dadurch. Aber ich lach mich tot, denn wenn die Leiche anfängt zu stinken, muß sie ja einer wegräumen.

Zum Schluß: Ich bin ein bißchen abgebrannt, nächsten Monat mache ich wieder einen kleinen Schein locker. Aber ich brauche 10 Exemplare der neuen UN und ein paar Aufkleber »Europas Unglück« für die nächsten Briefe an meine Lieben ...

aus einem Brief an die UN

Das folgende Einkommen müssen Sie im Erwerbsleben aus einer versicherungspflichtigen Tätigkeit monatlich brutto gehabt haben, um eine gesetzliche Nettorente in Höhe des Grundsicherungsbedarfs für über 65jährige von 627 Euro zu bekommen (Quelle: Bundestagsdrucksache 16/6898 vom 31.10.2007):

über 45 Jahre 1.450 Euro

über 40 Jahre 1.625 Euro

über 35 Jahre 1.850 Euro

Das monatliche Durchschnittsentgelt lag 2006 bei 2.485 Euro – sagt die Bundesregierung.

In einer Pressemitteilung vom 14.4.2008 erklärte der Hauptgeschäftsführer des »Paritätischen«, Ulrich Schneider, diese Entwicklung sei nicht aufzuhalten. Nur die Wirkungskraft könne noch gemildert werden.

### Weitere Meinungen

Auch das Forschungsprojekt im Auftrag der »Deutschen Rentenversicherung Bund« namens »Altersvorsorge in Deutschland 2005« zeigt, daß das gesetzliche Rentenniveau sinkt und weiter sinken wird.

Wer nur auf die gesetzliche Rente vertraut, bangt also zurecht um seinen gesicherten Lebensabend. Das sind nicht wenige Deutsche. Immerhin ist für derzeit 66 % der über 65jährigen die gesetzliche Rente die wichtigste Einkommensquelle (»Alterssicherung in Deutschland 2003«).

Diese 66 % haben es schon heute nicht leicht: Knapp 50 % der Männer und 95 % der Frauen bekommen gesetzliche Renten unterhalb von 1.000 Euro (Bundestagsdrucksache 16/905).

Wenn Sie Rentner sind und 627 Euro Grundsicherung beziehen, bleibt Ihnen von einem freiwilligen Zuverdienst (also Arbeit, trotz Abschluß des Erwerbslebens):

von monatlich 100 Euro bleiben 30 Euro

von monatlich 200 Euro bleiben 60 Euro

von monatlich 300 Euro bleiben 90 Euro

von monatlich 400 Euro bleiben 120 Euro

(Quelle: Bundestagsdrucksache 16/6898 vom 31.10.2007)

Es werden also 70 % eines zusätzlichen Verdienstes, den Sie benötigen, weil der Staat Sie im Alter mit 627 Euro abspeist, auf eben diese 627 Euro angerechnet.

Die Zahl der Rentner, die lediglich eine Grundsicherung beziehen, ist von 2003 bis 2006 um 44 % auf 370.543 Personen gestiegen. Besonders betroffen sind ehemals Selbständige (Bundestagsdrucksache 16/6898).

### Augenwischerei

Am 8.5.2008 hat der Bundestag eine für 2008 außerplanmäßige Rentenerhöhung um 1,1 % (statt ursprünglich geplanten 0,46 %) beschlossen. Für 2009 ist eine Steigerung um »voraussichtlich mindestens zwei Prozent« geplant (»Das Parlament«, 13.5.2008).

Diese Rentenerhöhung kann nur als Augenwischerei bezeichnet werden. Es ist zweifelhaft, daß hierdurch auch nur geringe Entlastungen bewirkt werden. Das Kapitel Altersarmut ist damit ebenfalls nicht annähernd geschlossen worden.

Es wird Zeit für eine neue Politik in Deutschland. 20 Millionen Rentner und all die jungen Deutschen, die es noch bitterer treffen wird, sollten doch in der Lage sein, daran mitzuwirken.

## Deutschland verblödet

Unterforderung und Unfähigkeit werden die heutige Kindergartengeneration im Erwachsenenalter zu einer gesellschaftlichen Belastung machen. Das meint der Bonner Kinderpsychiater Dr. Michael Winterhoff.

In Ausgabe 29/30 der Bundestagszeitung »Das Parlament« warnt Winterhoff vor einer »tikenden Zeitbombe«.

Eine falsche Erziehung bewirke heute bei Kindern eine unterentwickelte Psyche. Diese bewege sich auf dem Niveau von Zweijährigen.

Eltern und Großeltern würden heute aus Angst, nicht anerkannt und geliebt zu werden, keine Grenzen mehr setzen. Man versuche über Reden und Erklären an die Vernunft der Kinder zu appellieren, was aber dem Entwicklungsstand kleiner Kinder nicht entspreche.



Dr. med. Michael Winterhoff

**Was fehle seien ein klares und auch mehrfach wiederholtes »Nein« in der Erziehung und die Abgrenzung zwischen Kind und Eltern.**

Stattdessen gebe es offene Konzepte in Schulen und Kindergärten, in denen die Kinder selbst

nach Lust und Laune entscheiden, an welchen Projekten sie teilnehmen. Die Kinder würden nicht mehr gefordert, sondern nur noch befriedigt. Dies widerspreche neurologischen Gesetzen und führe zu den psychischen Entwicklungsstörungen.

**Die Folge: Arbeitsunfähigkeit.** In der Schule tauchen die ersten Probleme auf. Einfachste Aufträge würden nicht mehr erfüllt. *»Wenn die [Grundschullehrer] sagen, holt die Bücher raus, müssen Sie mal gucken, wie wenige Kinder das noch tun. Im Beruf werden die Defizite unübersehbar ...«*

Winterhoff weiter: *»2004 waren 20 Prozent der Heranwachsenden nicht arbeitsfähig, und wenn Sie mich fragen, werden die ihr ganzes Leben nicht arbeiten können und auch als Erwachsene bedürftig sein.«* Wir bekommen laut Winterhoff *»eine Generation, die bei bester Intelligenz nichts mehr überblickt. Weil sie nur im Hier und Jetzt lebt.«*

### Liebe Leser, ganz privat:

*Da haben wir fast einmal Glück gehabt ...*

Seitdem sich immer mehr altgetreue Leser und volksbewußte Förderer der Kriegsgeneration ins Alten- bzw. Pflegeheim oder gar in höhere Gefilde verabschieden, plagen uns Monat für Monat die Sorgen, wie wir die Druck- und Portokosten und alles andere bezahlen können, zumal einige Hundert inzwischen arm gewordene Freunde die UN kostenlos erhalten, weil wir eben ein Freundeskreis und kein Profitbetrieb sind.

In dieser Lage flatterte uns jetzt ein Brief eines Amtsgerichtes ins Haus: Testamentseröffnung eines Verstorbenen, der uns fast 30 Jahre lang durch Weitergabe und Verteilung unserer Blätter geholfen hatte.

*»Wenn (nach einem Hausverkauf und Pflichtteilen) noch etwas übrig bleibt und Deutschland immer noch unter US-Besatzungsrecht steht, vermache ich das Resterbe den Unabhängigen Nachrichten (Adresse).«*

Es dauerte keine Woche, da kam die zweite Post: Der Anwalt der Erben erklärte alle eventuellen Ansprüche für nichtig, da die BRD bekanntlich seit langem ein souveräner Staat sei und nicht mehr unter US-Besatzung stehe.

Aus der Traum – aber wir werden auch so überleben. Sollte jemand uns in seinem Nachlaß bedenken wollen, bitten wir, sich von uns beraten zu lassen.

*Ihre UN-Mitarbeiter*

### ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten  
Postfach 101706  
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32

Telefax: 0208 - 84 87 057

E-Post: [info@un-nachrichten.de](mailto:info@un-nachrichten.de)

#### Internet:

<http://www.un-nachrichten.de>

<http://www.un-archiv.de>

#### Impressum:

Herausgeber:

Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V.  
Alstadener Str. 49 · 46049 Oberhausen

Schriftleitung:

Annabé Kruse (verantwortlich) und wechselnde Mitarbeiter und Einsender

Kein gewerbliches Unternehmen.

Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

#### Nachdruck erlaubt und erwünscht.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegecar GmbH, Oberhausen

**Aktuelle Wirtschaftsdaten****Erwerbstätige:**

April 2008:	40,081 Millionen <sup>1)</sup>
Mai 2008:	40,192 Millionen <sup>1)</sup>

**soz.-versich.-pfl. Beschäftigte:**

März 2008:	27,224 Millionen <sup>1)</sup>
April 2008:	27,342 Millionen <sup>1)</sup>

**Offizielle Arbeitslosigkeit:**

Mai 2008:	3.283.279 <sup>1)</sup>
Juni 2008:	3.159.811 <sup>1)</sup>

**Versteckte Arbeitslosigkeit:****Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik**

März 2008:	1.498.205 <sup>1)</sup>
April 2008:	1.532.595 <sup>1)</sup>

**Offene Stellen:**

Mai 2008:	579.180 <sup>1)</sup>
Juni 2008:	596.269 <sup>1)</sup>

**Staatsverschuldung:**1.510.373.521.584 <sup>2)</sup>**Schuldenzuwachs pro Sekunde:**474 Euro <sup>2)</sup>**Schulden pro Kopf:**

18.6.2008:	18.333 <sup>2)</sup>
18.7.2008:	18.349 <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Bundesagentur für Arbeit, 18.7.2008<sup>2)</sup> Bund der Steuerzahler, 18.7.2008**Kennen Sie schon ELENA?**

»25.6.2008. Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf über das Verfahren des elektronischen Entgeltnachweises (ELENA-Verfahrensgesetz) beschlossen. Damit ist die Grundlage für einen substantiellen Fortschritt beim Bürokratieabbau gelegt und ein wichtiger Schritt hin zu mehr Innovation in Deutschland getan.«

Soweit das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Mit Schlagworten wie »Bürokratieabbau« und »Innovation« glaubt man wahrscheinlich, dem Bürger zur Zeit alles verkaufen zu können. Im Klartext bedeutet ELENA, daß sämtliche Einkommensdaten aller in der Bundesrepublik abhängig Beschäftigten demnächst jeden Monat von den Arbeitgebern an eine zentrale Datenbank übermittelt werden müssen.

Vorgebliches Ziel soll sein, daß diese Daten künftig bei der Beantragung von Sozialleistungen abgefragt werden und Soziallei-

stungsbetrag damit erschwert werden soll.

Allerdings freuen sich natürlich auch schon Polizei, Finanzämter und weitere Behörden über diese »Vorratsdatenspeicherung von sensiblen Daten, die bei dem größten Teil der Bevölkerung für die ursprünglichen Zwecke nicht benötigt wird«, so Dr. Thilo Weichert, Datenschutzbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein.

Dem entgegen beteuert die Bundesregierung, diese unverschlüsselt gespeicherten Daten würden einer strengen Zweckbindung unterliegen. Viel Glauben schenken sollte man dieser Beteuerung allerdings nicht. Sind Daten einmal vorhanden, sind diese auch schnell Begehrlichkeiten ausgesetzt, gegen die sich der Betroffene nicht wehren kann.

Wirklich sichere Daten sind nur Daten, die nicht gespeichert werden!

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

**FÜR IHRE BESTELLUNG:**

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).

Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 € Rückporto liegen in Briefmarken bei.

Ich bitte um Zusendung von \_\_\_\_\_ Ex. der UN-Ausgabe Nr. \_\_\_\_\_ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).

Einen Kostenbeitrag in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: \_\_\_\_\_

Geb.am/Beruf: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

Ihre UN-Anschrißnummer, falls bekannt: \_\_\_\_\_

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, ändern Sie die Nummer direkt über die Anrede Herrn/Frau)

**EINZUGSERMÄCHTIGUNG**

Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis UN, von meinem Konto folgende Beträge abzubuchen:

monatlich  vierteljährlich  
 halbjährlich  jährlich  
 einmalig ab: \_\_\_\_\_

Betrag: \_\_\_\_\_ Euro

Meine Bank/Sparkasse: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

Anschrift/Unterschrift: \_\_\_\_\_

UN-Adreßnr.: \_\_\_\_\_